

Inneres

➤ ZIEL 1

Stärkung der auf europäischer Ebene unternommenen Bemühungen zur Bekämpfung von Terrorismus und gewalttätigem Extremismus

Vor dem Hintergrund der jüngst in Paris und Halle geschehenen Anschläge sind unsere beiden Länder entschlossen, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- Umsetzung aller kürzlich verabschiedeten europäischen Instrumente, insbesondere der neuen Informationssysteme und deren Interoperabilität, um die Bekämpfung des Terrorismus und des gewalttätigen Extremismus zu stärken sowie um Radikalisierung jeglicher Form zu verhindern.
- So schnell wie möglich Verabschiedung der europäischen Verordnung über die Entfernung terroristischer Inhalte aus dem Internet, um terroristische Online-Inhalte und Online-Inhalte des gewalttätigen Extremismus innerhalb von einer Stunde nach Meldung wirksam zu entfernen.
- Erleichterung des Zugangs zu digitalen Beweisen für die Sicherheitskräfte, insbesondere, wenn diese entfernt sind oder auf im Ausland befindlichen oder verschlüsselten Servern liegen.

➤ ZIEL 2

Die Erneuerung des Schengenraums mit dem Ziel einer besseren Steuerung der Migrationsströme in Europa und eines harmonisierten europäischen Asylrechts

Unsere beiden Länder verpflichten sich insbesondere, folgende Maßnahmen zu unterstützen:

- Gemeinsame Förderung eines funktionsfähigen, effizienten und krisenfesten Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, das echte Solidarität und eine gerechte Aufteilung der Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten schafft.
- Gemeinsame Förderung der Reform des Schengenraums, mit dem Ziel, den Schutz der Außengrenzen zu verstärken.
- Beitrag, mittels Bereitstellung deutscher und französischer Bediensteter, zur Stärkung der Europäischen Grenz- und Küstenwache durch die Erhöhung der Personalstärke der Agentur Frontex baldmöglichst bedarfsabhängig auf bis zu 10.000 Bedienstete, wie es im EU-Verordnungsentwurf vorgesehen ist, der ihr neues Mandat enthält. Unterstützung der

Durchführung von Frontex-Einsätzen an den EU-Außengrenzen in migrationskritischen Gebieten und perspektivisch auch in Drittstaaten.

- Nutzung des europäischen Netzwerks der Verbindungsbeamten für Einwanderungsfragen, um die Zusammenarbeit der Verbindungsbeamten der Mitgliedstaaten und der europäischen Agenturen in den Drittstaaten, insbesondere im Maghreb, mit dem Ziel der besseren Bekämpfung der illegalen Einwanderung und der Erleichterung der Rückführungen zu vereinfachen.

➤ **ZIEL 3**

Verstärkte Koordinierung mit dem Ziel, die Integration und Eingliederung von legal aufhältigen Ausländern in die Gesellschaft zu einer gemeinsamen Priorität zu machen

- Austausch, bei der nächsten Plenarsitzung des Deutsch-Französischen Integrationsrates (DFIR) am 22. November in Berlin, über die Wege zur Förderung der Integration von legal aufhältigen Ausländern, Austausch von Erfahrungen bei der gesellschaftlichen Integration, insbesondere des friedlichen Zusammenlebens der Religionen und der Prävention von Radikalisierung, sowie bei der Unterbringung, beim Zugang zum Wohnungsmarkt und der Stadtplanung.
- Behandlung der wesentlichen Themen Bildung und Chancengleichheit sowie Einrichtung einer Orientierungs- und Beratungsstruktur und Vereinfachung von Verwaltungsprozessen für legal aufhältige Ausländer im Rahmen des nächsten DFIR 2020.

➤ **ZIEL 4**

Eine wirksamere operative bilaterale Zusammenarbeit im Bereich der inneren Sicherheit

Unsere beiden Länder verpflichten sich insbesondere, folgende Maßnahmen zu ergreifen:

Unterstützung der Länder der Sahel-Region zum Ausbau ihrer Sicherheitskapazitäten und -infrastrukturen

- Institutionalisierung und Einsatz der deutsch-französischen Einsatzeinheit der deutschen Bundespolizei und der französischen Gendarmerie für die Unterstützung bei der Bewältigung von Großveranstaltungen und für die grenzüberschreitende Sicherheit relevanten Ereignissen sowie für internationale Krisenmanagement-Einsätze. Förderung insbesondere ihres Einsatzes als Verstärkung bei europäischen Einsätzen in der Sahel-Region.
- Unterstützung der von der Bundeskanzlerin und dem französischen Staatspräsidenten beim G7-Gipfel in Biarritz gestarteten Initiative „Partnerschaft für Sicherheit und Stabilität im Sahel“ (P3S), die zum Ziel hat, die nationalen Sicherheitskräfte der Länder der Sahel-Region zu stärken (Finanzierung, Ausbildungs- und Ausstattungshilfe).

- Komplementär dazu Aufstockung der in den Ländern des G5 Sahel zur Unterstützung der örtlichen Sicherheitskräfte eingesetzten deutschen und französischen Einsatzkräfte der inneren Sicherheit, insbesondere durch Erprobung der deutsch-französischen Einsatzeinheit.

Stärkere Unterstützung für die Westbalkanländer bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität

- Weiterverfolgung des deutsch-französischen Fahrplans zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Klein- und Leichtwaffen auf dem Westbalkan, insbesondere durch die Herstellung der Interoperabilität zwischen den nationalen ballistischen Analysesystemen.
- Gemeinsame Neubelebung der in Serbien bestehenden „unité permanente de renseignement criminel“ (ständige Einheit für kriminalpolizeiliche Aufklärung), um die Bekämpfung des illegalen Handels mit Klein- und Leichtwaffen, Munition und Sprengstoffen mit dem Ziel der Ausweitung auf alle anderen Aspekte der organisierten Kriminalität zu verstärken. Prüfung der Möglichkeit, eine ständige Einheit für kriminalpolizeiliche Aufklärung in den Ländern des Westbalkans einzurichten, insbesondere in Bosnien-Herzegowina.
- Erleichterung der Einführung und Nutzung kodierter Kennzeichnungsprodukte für die Sicherheitskräfte des Westbalkans, damit diese Waren, Personen und Geräte mithilfe von mit bloßem Auge nicht erkennbaren, nicht schmerzhaften und farblosen Vorrichtungen zum Zwecke der Vereinfachung strafrechtlicher Ermittlungen kennzeichnen können.

Stärkung der polizeilichen Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, um besser für die neuen Herausforderungen gewappnet zu sein

- Schaffung einer ständigen deutsch-französischen operativen wasserschutzpolizeilichen Einheit auf dem Rhein, um insbesondere alle Arten von Straftaten gegen die Umwelt (Verschmutzung, Abfallverschiebung etc.) zu bekämpfen und zum Erhalt der Artenvielfalt beizutragen. Förderung der Aufnahme der Umweltthematik in die Ziele des Strategieplans 2019/2022 des europäischen Netzwerkes der Wasserschutzpolizeien AQUAPOL.
- Unterstützung der Einführung abgesicherter Breitbandkommunikationsmittel für die gegenseitige Kommunikation der deutschen und französischen Sicherheits- und Rettungsbehörden über LTE (*Long Term Evolution*) und später über 5G innerhalb der Standardisierungsgremien für die Standardisierung in der Telekommunikation (3rd Generation Partnership Project – 3GPP) und des neuen International Governmental Operators' Forum (IGOF).